**Ressort: Politik**

# SPD: Betreuungsgeld für Einsparungen bei Bundeswehr verantwortlich

Berlin, 13.03.2013, 07:10 Uhr

**GDN -** Die Bundeswehr muss aus Sicht der SPD indirekt für einen Teil des umstrittenen Betreuungsgeldes aufkommen. "Die Soldaten müssen das unsinnige Betreuungsgeld bezahlen, das niemand außer CSU-Chef Horst Seehofer wollte", sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe).

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) muss im kommenden Jahr 147 Millionen Euro zusätzlich einsparen, wie aus der Kabinettsvorlage für den Bundeshaushalt 2014 hervorgeht. Der Wehretat trägt damit zur Finanzierung des Betreuungsgeldes bei, das die Koalition für Eltern einführt, die ihre Kleinkinder zuhause betreuen. Der Haushalt wird am heutigen Mittwoch vom Kabinett verabschiedet. Auch Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) muss wegen der umstrittenen Familienleistung auf gut 100 Millionen Euro verzichten, die nicht mehr für den Straßenbau zur Verfügung stehen. Insgesamt kostet das Betreuungsgeld den Fiskus im kommenden Jahr 1,1 Milliarden Euro. "Die Einsparungen gehen voll zulasten der Soldaten, denn die Investitionen der Bundeswehr sind längst vertraglich fixiert", sagte Arnold.

**Bericht online:**
https://www.germandailynews.com/bericht-9751/spd-betreuungsgeld-fuer-einsparungen-bei-bundeswehr-verantwortlich.html

**Redaktion und Veranwortlichkeit:**
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

**Haftungsausschluss:**
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

**Editorial program service of General News Agency:**
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619